

## Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland: vergleichende Betrachtungen

Backes, Uwe

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Backes, U. (2008). Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland: vergleichende Betrachtungen.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid, Politische Soziologie 2008/1, 9-20. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206126>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen<sup>1</sup>

Uwe Backes

„Goldener Herbst in Göttingen“ - mit diesem Slogan, der aus dem Katalog einer Tourismus-Werbeagentur stammen könnte, wirbt eine Gruppe der Autonomen-Szene, „Redical M“, Spaltprodukt der 2004 aufgelösten „Autonomen Antifa (M)“, für einen „Postkartenkalender mit den eindrucksvollsten Bildern vom Widerstand gegen den Nazi-Aufmarsch“<sup>2</sup> am 29. Oktober 2005 in Göttingen. Bei einer von NPD und „Freien Kräften“ organisierten Demonstration („Sozialabbau, Rentenklau, Korruption - nicht mit uns!“) hatten autonome Gruppen nach Polizeiangaben eine Art Guerillataktik verfolgt. Tage vor der Demonstration waren rund 1.000 linksextreme Aktivisten in unauffälliger Kleidung in die Stadt eingesickert, um den Aufmarsch der Rechtsextremisten zu verhindern. Die Autonomen legten erst unmittelbar vor ihrer Aktion die bekannte schwarze Kluft an, setzten Fahrradmelder und Späher ein, mischten sich zwischen friedliche Gegendemonstranten, um aus der Deckung vorstoßen zu können, und errichteten brennende Straßenbarrikaden. Bei den Ausschreitungen wurden etwa 80 Personen, darunter 14 Polizeibeamte, verletzt.<sup>3</sup> Ein Jahr darauf verhinderte nur ein massives Aufgebot von rund 6.000 Polizisten den gewaltsamen Zusammenstoß von 200 rechtsextremen Demonstranten („Gutmenschenpopanz entgegenreten! Zeckenzentren auflösen! Stadtverwaltung ablösen!“) mit etwa 800 Autonomen, die sich unter die 4.000 überwiegend friedlichen Gegendemonstranten gemischt hatten.<sup>4</sup> Links- wie Rechtsextremisten wähten sich als Gewinner. „Redical M“ meldete einen „vollen Erfolg für den antifaschistischen Widerstand“<sup>5</sup>, und der regionale NPD-Verband versprach sich einen Prestigezuwachs, weil die Göttinger Bürger gesehen hätten, dass Gewalt ausschließlich von der linksautonomen Szene ausgegangen sei.<sup>6</sup>

Der Antifaschismus bildet seit langem ein zentrales Agitations- und Mobilisierungsthema des militanten Linksextremismus. Doch ist seine Bedeutung gestiegen – nicht zuletzt durch die verstärkte öffentliche Präsenz der NPD, die sich nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens zu einer der aussichtsreichsten Wahlformationen am rechten Rand entwickelt hat. Während die NPD und die militanten rechtsextremen Szenen jedoch im Mittelpunkt öffentlicher Auseinandersetzung stehen, findet die von linksextremen Gruppierungen ausgehende Gewalt weit weniger Beachtung. Die wissenschaftliche Forschung hat sich bislang kaum mit dem Thema auseinandergesetzt. Dies gilt gleichermaßen für die unübersehbaren Interaktionen und Wechselbeziehungen militanter Rechts- und Linksextremisten.<sup>7</sup>

---

1 Der Aufsatz ist zuerst erschienen in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Sonderheft, Jg. 58, 2007, H. 1, S. 31-43.

2 Goldener Herbst in Göttingen, <http://www.puk.de/redicalm/archiv.htm> (2. März 2007).

3 Polizei: Guerillataktik der Autonomen bei NPD-Demo, in: Die Welt vom 1. Nov. 2005.

4 Teevs, Christian: NPD-Geisterdemo legt Göttingen lahm, in: Spiegel Online vom 28. Okt. 2006.

5 <http://www.puk.de/redicalm/stuff/kurzAuswertung281006.htm> (2. März 2007).

6 <http://npd-goettingen.de> (2. März 2007).

7 Siehe aber Backes, Uwe: Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten Akteuren am Beispiel von „Autonomen“, „Neonationalsozialisten“ und „Skinheads“ in der Bundesre-

Dieser Beitrag gibt einen kurzen Überblick zur Entwicklung in beiden Bereichen und beleuchtet anschließend ausführlicher Kräfteverhältnisse, Gewalthandeln und Interaktionen.

## 1 Rechtsextremismus

Im europäischen Vergleich weist das vereinte Deutschland zwar eher schwache Rechtsaußenparteien auf - ein Befund, der durch die Wahlerfolge von DVU und NPD auf regionaler Ebene relativiert, aber nicht revidiert wird - doch die Zahl rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten ist zu Beginn der 90er Jahre stark angestiegen und trotz aller gesellschaftlichen und behördlichen Bemühungen bislang nicht auf das westdeutsche Niveau der 80er Jahre zurückgegangen. Da auf die östlichen Länder - mit bedeutenden regionalen Unterschieden - ein weit überproportionaler Anteil der registrierten Gewalttaten entfällt, liegt die Vermutung nahe, es handele sich zumindest zum Teil um eine mit den jähren politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Transformationsprozessen verbundene Entwicklung. Diese Hypothese wird von zahlreichen empirischen Studien erhärtet<sup>8</sup>

Weder die Ende 2005 knapp 3.900 Personen umfassende, überwiegend in lokalen und regionalen Kameradschaften organisierte Szene der sogenannten Neonazis noch die aufgrund zahlreicher Vereinigungsverbote zu deren Auffangbecken gewordene, ideologisch und strategisch radikalisierte NPD waren Hauptverursacher rechtsextremer Gewalt. Denn das Gros der von den Verfassungsschutzbehörden registrierten ca. 11.000 (Ende 2005) gewaltbereiten Rechtsextremisten entfiel auf die Jugendsubkultur der Skinheads. Die in Großbritannien entstandene, seit Beginn der 80er-Jahre im westlichen wie östlichen Deutschland heimisch gewordene Subkultur weist - im Unterschied zu NPD und Neonationalsozialisten - keine elaborierte rechtsextreme Ideologie und Programmatik, sondern eher diffuse rechtsextreme Tendenzen (Männlichkeitskult, Recht des Stärkeren, radikale Abgrenzung gegen Andersartige) auf. Sie besteht aus in der Regel nur lokal agierenden Cliques Jugendlicher, die sich spontan zum Musik- und Alkoholkonsum zusammenfinden und kaum Ansätze organisierten, planerischen Handelns zeigen.<sup>9</sup> Nur wenige Gruppierungen weisen festere Organisationsstrukturen auf. So unterhalten Mitglieder der im Jahr 2000 verbotenen Vereinigung „Blood & Honour“ auf regionaler Ebene Kontakte. Die internationale Vereinigung der Hammerskins mit rund 100 Mitgliedern tritt lediglich mit von ihr organisierten Skinhead-Konzerten in Erscheinung. Die Zahl der (oft unter konspirativen Bedingungen organisierten) Musikveranstaltungen ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Wegen der integrativen Wirkung des gemeinsamen Musikkonsums kommt ihnen unverändert hohe Bedeutung für den Szene-Zusammenhalt zu.

Die von männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominierten Szenen der Neonationalsozialisten und Skinheads waren beide aus dem Westen oder aufgrund westlicher Vorbilder in die (Noch-)DDR gekommen, hatten dort aber einen besonders fruchtbaren Boden vorgefunden. In den östlichen Ländern entwickelten sich zudem weit über den Kreis der als Skinheads äußerlich Erkenn-

publik Deutschland, in: Uwe E. Kemmesies (Hrsg.), *Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur. Beiträge zur Entwicklungsdynamik – Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie*, München 2006, S.41-57.

8 Eine ausgezeichnete Forschungsbilanz bietet Schroeder, Klaus: *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich*, Paderborn u.a. 2003; zur Ursachenforschung auch PfahlTraughber, Armin: *Ursachen rechtsextrem motivierter Gewalt*, in: *Kriminalistik*, Nr.1/2004, S.38-43.

9 Menhorn, Christian: *Skinheads. Portrait einer Subkultur*, Baden-Baden 2001; Senatsverwaltung für Inneres Berlin/Abtei-

baren hinausreichende Jugendmilieus mit diffus rechtsextremen/fremdenfeindlichen Einstellungen und hoher Gewaltneigung. Erste fundierte Täterstudien der 90er Jahre wiesen bereits auf den geringen Anteil organisierter Rechtsextremisten hin.<sup>10</sup> Die schwache Integrationskraft der wahlpolitisch weithin erfolglosen Rechtsaußenparteien konnte daher kein wichtiger Erklärungsfaktor sein. Die meisten Gewalttaten wurden ohne erkennbaren planerischen Vorlauf, mehr oder weniger spontan, in der Regel nicht von Einzelnen, sondern in Cliques, oft unter Alkoholeinfluss begangen. Mehr als die Hälfte der fast ausschließlich männlichen, unterdurchschnittlich gebildeten Täter war unter 21 Jahre alt. Vorurteile gegen Fremde, demütigende Erfahrungen, die Suche nach Anerkennung bei Gleichaltrigen und die Lust auf aggressives körperliches Ausagieren waren vorherrschende Motive.<sup>11</sup>

Deutschland ist im Unterschied zu seinen westeuropäischen Nachbarn im Osten mit den Problemen von Transformationsgesellschaften konfrontiert, in denen Verfassungsstaat, Marktwirtschaft und Zivilität noch nicht tief verwurzelt sind. Der revolutionäre Umbruch war trotz aller Hilfen aus dem Westen mit enormen physischen wie psychischen Belastungen für die Bevölkerung der Ex-DDR verbunden. Oberforderung und Desorientierung der Erwachsenen, unsichere Zukunftsaussichten, neue, ungewohnte Lebensumstände, Arbeitslosigkeit usw. schufen den Humus, auf dem eine militant-fremdenfeindliche jugendliche Subkultur gedeihen konnte. Zuwanderer werden besonders von jüngeren Deutschen mit ungesicherter beruflicher Perspektive als ungebetene Konkurrenz empfunden. Dies dürfte zum erhöhten Verbreitungsgrad xenophober Einstellungen in diesem Bevölkerungssegment beitragen.<sup>12</sup> Hinzu kommt die mangelnde Einübung im Umgang mit Fremden und die unvorbereitete, unter schwierigen Rahmenbedingungen erfolgende Konfrontation mit den Problemen der Immigration.<sup>13</sup> All diese Faktoren tragen auch zur Erklärung der Stärke militanter rechtsextremer Szenen im östlichen Deutschland bei. Die Verfassungsschutzbehörden registrierten Ende 2005 rund 8.000 Neonazis und Gewaltbereite im Westen und rund 7.000 im Osten. Pro Kopf der Bevölkerung waren beide Szenen im östlichen Deutschland also mehr als dreimal so stark vertreten wie im westlichen. Den Spitzenwert erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 64 Aktiven pro 100.000 Einwohner, gefolgt von Sachsen (46), Berlin (41), Brandenburg (37), Sachsen-Anhalt (37) und Thüringen (33). Den höchsten Anteil im westlichen Deutschland wies - mit einigem Abstand - Schleswig-Holstein (25) auf (siehe Tab. 1).

---

10 Neubacher, Frank: Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren, Godesberg 1998; Willems, Helmut/Wurtz, Stefanie/Eckert, Roland: Forschungsprojekt: Analyse fremdenfeindlicher Straftäter, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1994.

11 Vgl. dazu folgende empirische Studien, die in den wesentlichen Punkten zu übereinstimmenden Ergebnissen gelangen: Marneros, Andreas: Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters, Bern 2002; Tramitz, Christiane: Glatzen. Meine Begegnungen mit Skinheads, München 2001; Wahl, Klaus/Tramitz, Christiane/Blumtritt, Jörg: Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen, Opladen 2001; Wahl, Klaus (Hrsg.): Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern, Berlin 2001.

12 Winkler, Jürgen W.: Ausländerfeindlichkeit im vereinigten Deutschland, in: Jürgen Falter/Oskar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen 2000, S.435-476, hier S.452.

13 Vgl. die Erörterung der Ursachen in folgendem Bericht: Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001, S.292f.

Tab. 1: Anhänger militant-rechtsextremer Szenen im westlichen und östlichen Deutschland, 2005

| Westliches Deutschland |             |                 |                    | Östliches Deutschland |             |                 |                    |
|------------------------|-------------|-----------------|--------------------|-----------------------|-------------|-----------------|--------------------|
|                        | „Neo-nazis“ | „Gewaltbereite“ | Bevölkerungsanteil |                       | „Neo-nazis“ | „Gewaltbereite“ | Bevölkerungsanteil |
| S-H                    | 70          | 640             | 25                 | M-V                   | 320         | 600             | 54                 |
| NS                     | 365         | 930             | 16                 | Ber                   | 500         | 850             | 41                 |
| Bre                    | 15          | 25              | 6                  | Bran                  | 350         | 570             | 37                 |
| Ham                    | 80          | 150             | 13                 | S-A                   | 250         | 650             | 37                 |
| NRW                    | 460         | 1.250           | 9                  | Sa                    | 260         | 1.660           | 46                 |
| Hess                   | 250         | 750             | 16                 | Thü                   | 230         | 530             | 33                 |
| Rh-Pf                  | 25          | 500             | 13                 |                       |             |                 |                    |
| Saar                   | 30          | 170             | 20                 |                       |             |                 |                    |
| Ba-Wü                  | 310         | 1.080           | 13                 |                       |             |                 |                    |
| Bay                    | 300         | 800             | 9                  |                       |             |                 |                    |
| Summe                  | 1.905       | 6.295           | 12                 | Summe                 | 1.910       | 4.860           | 40                 |

Quelle: Verfassungsschutzbehörden der Länder. Bevölkerungsanteil pro 100.000 Einwohner (gerundet). Die Kategorien „Neonazis“ und „Gewaltbereite“ werden in den Ländern nicht einheitlich definiert. Bei den „Gewaltbereiten“ handelt es sich überwiegend um „Skinheads“.

Im Unterschied zur Situation der frühen 80er Jahre und zu europäischen Nachbarstaaten wie Großbritannien und Schweden<sup>14</sup> ist Deutschland seit der Vereinigung nicht mit dem Phänomen eines aus dem Untergrund zielgerichtet und planhaft vorgehenden Rechtsterrorismus konfrontiert. Waffenfunde bei Hausdurchsuchungen von Neonationalsozialisten, Drohbriefe und schwarze Listen einer „Anti-Antifa“, mitunter gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner veranlassten die Sicherheitsbehörden allerdings zu ständiger Wachsamkeit. Rechtsterroristische Ansätze waren am ehesten bei der Münchener Kameradschaft Süd erkennbar. Am 5. April und 4. Mai 2005 ergingen die Urteile des Bayerischen Obersten Landesgerichts gegen Angehörige des inneren Führungszirkels, die einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des (geplanten) Jüdischen Gemeindezentrums befürwortet und aktiv unterstützt hatten. Ein Teil der Aktiven ist inzwischen in der Kameradschaft Mün-

14 Vgl. nur Backes, Uwe: Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991; Rabert, Bernhard: Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995; Björge, Tore: Racist and Right-Wing Violence in Scandinavia. Patterns, Perpetrators and Responses, Oslo 1997; Lowles, Nick: White Riot. The Violent Story of Combat 18, Bury 2001.

chen aktiv und unterhält rege Beziehungen zu NPD und JN, als deren Vorsitzender einer der früheren Rädelsführer, Norman Bordin, inzwischen fungiert.<sup>15</sup>

## 2 Linksextremismus

Vom linksterroristischen Untergrund mit organisierten Gruppen der Rote Armee Fraktion (RAF) und der Revolutionären Zellen (RZ), der die Geschichte des westlichen Deutschlands in den 70er- und 80er-Jahren begleitete<sup>16</sup>, hört man seit Jahren nur noch aufgrund von Gerichtsverfahren oder der Diskussion um die Frage einer vorzeitigen Haftentlassung seit vielen Jahren inhaftierter Aktivisten. Die in den letzten zwanzig Jahren von Linksextremisten im vereinten Deutschland begangenen Gewalttaten gingen überwiegend von Militanten der sogenannten autonomen Szene aus, die in den 80er Jahren das Erbe der Spontis angetreten hatten. Diese griffen in ihrem Weltbild auf anarchistische wie marxistisch-antiimperialistische Deutungsmuster zurück und traten in der Öffentlichkeit vor allem durch das Agieren des „Schwarzen Blocks“ - Vermummter am Rande von Demonstrationen in Erscheinung.

Ende 2006 war die Szene mit annähernd 5.500 Aktiven bundesweit verbreitet. Sie agierte meist dezentral. Wichtigstes verbindendes Element stellten Internet-Plattformen wie nadir.org und Zeitschriften wie Interim dar. Versuche überregionaler organisatorischer Bündelung scheiterten in der Vergangenheit. Eine der auf diesem Gebiet besonders aktiven Gruppen, die „Göttinger Autonome Antifa“ (M), hatte im April 2004 ihre Auflösung erklärt. Aus ihr gingen drei Vereinigungen hervor: „Antifaschistische Linke International“, „Antifa/Aktion und Kritik“ und „Redical M“. Sie traten trotz punktueller Zusammenarbeit überwiegend selbstständig in Erscheinung.<sup>17</sup> Auch ideologisch bildete die Szene - in Göttingen wie in anderen Schwerpunktregionen - keine Einheit; dies zeigten die Militanzdebatten ebenso wie die anhaltenden Auseinandersetzungen um das Verhältnis zur Antikriegsbewegung und zum Nahost-Konflikt (bedingungslos proisraelische, antideutsche gegen israelkritische bis -feindliche Positionen).

Einen thematischen Schwerpunkt bildete der militante Antifaschismus, dem rund die Hälfte der Gewaltdelikte zuzurechnen war. Der Anstieg der Gewalttaten des Jahres 2005 im Vergleich zum Vorjahr (um rund 70%) erklärt sich in erster Linie aus dem Kampf gegen Rechts und den damit verbundenen Deliktgruppen Landfriedensbruch und Körperverletzung. Militanzdebatten um Legitimität, Bedingungen, Modalitäten und strategische Erfordernisse des Einsatzes von Gewalt<sup>18</sup> orientierten sich überwiegend am Terrorkonzept der Revolutionären Zellen (RZ), die in kritischer Auseinandersetzung mit der RAF auf technisch wie legitimatorisch aufwendige und risikoreiche Aktionen wie Geiselnahmen und gezielte Tötungen verzichteten und sich statt dessen auf Anschläge gegen Sachen

15 VSB Bayern 2006, S.124f.

16 Vgl. die neueren Forschungsergebnisse und -bilanzen bei Koenen, Gerd: Vesper, Enssiin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003; Straßner, Alexander: Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2003.

17 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2005, Hannover 2006, S.77.

18 Mletzko, Matthias: Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen, Teil 1. Unterschiede am Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“ dargestellt, in: Kriminalistik, Nr.8-9/2001, S. 543-548.

konzentrierten.<sup>19</sup> Sie gerieten damit allerdings insofern in ein strategisches Dilemma, als unblutige Sachbeschädigungen in aller Regel nicht das gewünschte Ausmaß an Publizität erzielten, zumal Häufigkeit und Stereotypie der Vorfälle Gewöhnungsprozesse und Indifferenz in der Öffentlichkeit begünstigten. Die strategischen Hauptziele des Gewalteinsatzes: Verunsicherung und Provokation des Gegners sowie Mobilisierung der Sympathisanten, wurden auf diese Weise nur in bescheidenem Maße erfüllt. Nicht zuletzt aufgrund der Schwächung der Szene und des Scheiterns der Versuche überregionaler Organisierung meldeten sich Stimmen zu Wort, die dafür plädierten, über bloße Sachbeschädigungen hinauszugehen. Ein Beispiel bietet die „*militante gruppe*“ (mg), die erstmals im Juni 2001 unter diesem Namen in Erscheinung trat. Der Regierungsbeauftragte für die Entschädigung der Zwangsarbeiter, Otto Graf Lambsdorff, und zwei Vertreter der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Manfred Gentz und Wolfgang Gibowski, erhielten in Briefen jeweils eine scharfe Kleinkaliberpatrone und ein Drohschreiben.<sup>20</sup> Die mg unterstrich ihr Plädoyer für weitergehende Mittel seither durch eine Reihe von Anschlägen auf Firmenniederlassungen und Behörden im Berliner und Magdeburger Raum und zuletzt mit einem Brandanschlag auf einen Bürokomplex des Verbandes Türkischer Industrieller und Unternehmen der Italienischen Handelskammer für Deutschland am 16. März 2007 in Berlin. Mit einem Positionspapier hatte sich die Gruppe in der Juli-Nummer 2006 im Berliner Szene-Blatt *Interim* zu Wort gemeldet. Darin wird gemahnt, die Brandanschläge im Rahmen der Kampagne zur gebührenden Vorbereitung des G8-Gipfels 2007 dürften kein ereignisfixiertes Aufflackern einer unkoordinierten militanten Praxis sein, sondern sollten als „Übungsfeld einer zu konkretisierenden militanten Politik im Rahmen eines organisatorisch umfassenderen revolutionären Aufbauprozesses“ dienen. Das zentrale Ziel bestehe darin, „die militante Option in den AntiG8-Mobilisierungen als integralen Bestandteil einzubringen und zu verankern.“<sup>21</sup>

### 3 Wechselbeziehungen und Interaktionen

Sofern ein (loser) organisatorischer Verbund erkennbar ist, geht ein Großteil politischer Gewalttaten in Deutschland seit mehr als zwei Jahrzehnten von den jugendlich-subkulturellen Szenen der Autonomen und der (rechtsextremen) Skinheads aus. Beide Gruppen grenzen sich in Verhaltens- und Umgangsformen, Symbolen und Kleidung provokativ von ihrer sozialen Umgebung ab. Beide betonen das Recht des Egos auf totales Ausleben der eigenen Wünsche und Ansprüche. Beide verfügen über keine annähernd geschlossenen Weltbilder, allenfalls über einen schmalen Konsens mit Blick auf wenige konkrete politische Forderungen. Vielfach verbindet die jeweilige Szene nur das schiere Sich-Auflehnen gegen alles Bestehende, die trotzige Negation, die pure Verachtung gegenüber sozialen Normen und/oder den Verfahrensregeln und Institutionen des Staates. Vor allem bei Skinheads ist die aggressive Abgrenzung nach außen mehr Folge persönlicher Identitätsprobleme und Frustrationen als tief internalisierter politischer Überzeugungen.<sup>22</sup> In ihrem Inneren sind die militant-ex-

19 Zur Strategie von RAF und RZ Fetscher, Iring/Rohrmoser, Günter: *Ideologien und Strategien, = Analysen zum Terrorismus 1*, Opladen 1983.

20 Vgl. das Rechtfertigungsschreiben in: *Interim* Nr.529 vom 27.7.2001, S.20f., zitiert nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2002*, Berlin 2003, S.155.

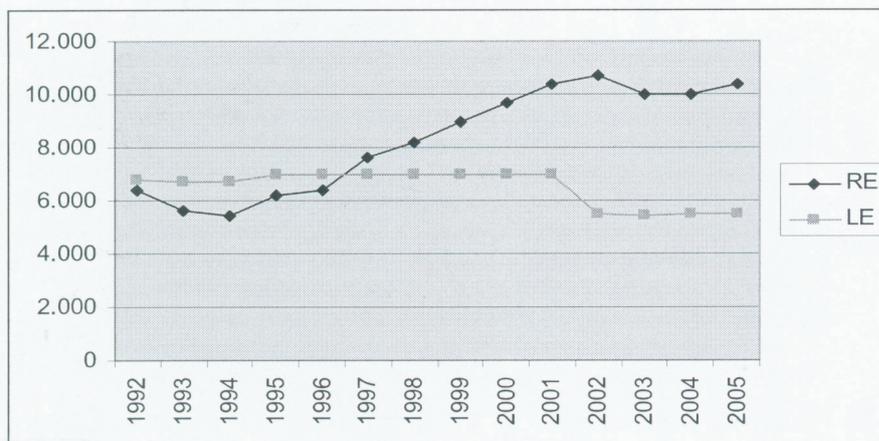
21 *Interim* Nr.639 vom 20. Juli 2006, S.29; VSB Bayern 2006, S.186.

22 Erb, Rainer: *Ideologische Anleihen, Geschichtsbilder und Symbole rechtsextremer Jugendgruppen – „Neonazis“ und „Skinheads“*, in: Uwe Backes (Hrsg.), *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln/Weimar/Wien 2003, S.289-309.

tremistischen Jugendgruppen durch parallele Prozesse der Homogenisierung von Selbstdefinitionen, Feind- und Weltbildern bestimmt.<sup>23</sup> Die Tendenz zum Manichäismus findet sich nicht nur in ethnozentrischen, sondern auch in anarchistisch und kommunistisch inspirierten Gruppenkulturen.

Das von den Verfassungsschutzbehörden registrierte Anhängerpotenzial beider Szenen durchlief von den frühen 90er-Jahren an eine unterschiedliche Entwicklung. Während der entsprechende Personenkreis im Bereich Linksextremismus zunächst größer war als der im Bereich Rechtsextremismus, erhielten die rechtsextremen Szenen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre erheblichen Zulauf und bewegen sich seit 2002 auf hohem Niveau. Das linksextreme Personenpotenzial ging dagegen zu Beginn des neuen Jahrtausends etwas zurück und stagniert seither (siehe Abb. 1).

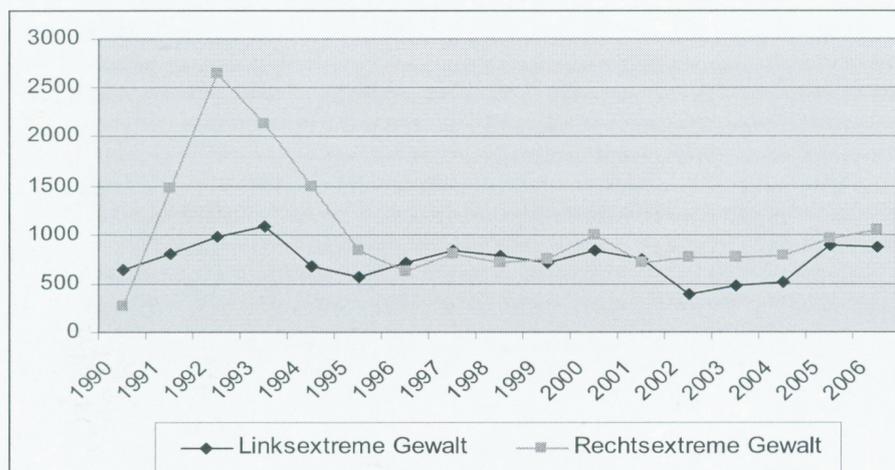
Abb. 1: Anhänger gewaltbereiter rechts- und linksextremer Szenen, 1992–2005



Wie ein Blick auf die Gewaltentwicklung in beiden Bereichen zeigt, lässt sich zwischen dem Auf und Ab bei den Anhängern und dem Ausmaß politisch motivierter Gewalt kein Zusammenhang erkennen (siehe Abb. 2). So korrespondierte der enorme Anstieg der rechtsextrem bzw. fremdenfeindlich motivierten Gewalt zu Beginn der 90er-Jahre nicht mit einem Anwachsen des Anhängerpotenzials. Dies dürfte zum Teil damit zu erklären sein, dass zahlreiche Täter der frühen 90er Jahre nicht den von den Verfassungsschutzbehörden erfassten Personenzusammenhängen zugeordnet werden konnten. Und was die linksextreme Gewalt angeht, fand der deutliche Anstieg von 2004 auf 2005 keine Entsprechung in der Entwicklung des Anhängerpotenzials.

23 Wetzstein, Thomas A./Reis, Christa/Eckert, Roland: Die Herstellung von Eindeutigkeit. ‚Ethnozentrische‘ Gruppenkulturen unter Jugendlichen, in: Frieder Dünkler/Bernd Geng (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien. Dokumentation der Vorträge einer Tagung des Lehrstuhls für Kriminologie in Greifswald vom 22. bis 25. Oktober 1998*, Mönchengladbach 1999.

Abb. 2: Rechts- und linksextreme Gewalttaten, 1990–2006



Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes; BKA, Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“. Es gelten die bekannten Einschränkungen und Probleme der polizeilichen Erfassung von Gewalttaten (wie Hell-/Dunkelfeldproblematik, Aussage- und Anzeigeverhalten, zwischenbehördliche Divergenzen, Zuordnungsschwierigkeiten, fehlende Opferstatistik). Die polizeiliche Erfassung bleibt als Quelle von Trendaussagen dennoch unverzichtbar – nicht zuletzt wegen der oft noch in unmittelbarer Nähe zum Geschehen gewonnenen Erkenntnisse. Da die Erfassungsmodalitäten mehrfach geändert wurden (zuletzt 2001 mit einem völlig neuen System „Politisch motivierte Kriminalität“, PMK), sind Langzeitbetrachtungen nur in der Form vager Trendaussagen möglich. Die bis einschließlich 2000 veröffentlichten Zahlen sind mit denen danach nur sehr bedingt vergleichbar. Siehe zu dieser Problematik: Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Paderborn 2006, S.135–137.

Das Ausmaß rechtsextremer Gewalt überstieg das der linksextremen in der ersten Hälfte der 90er-Jahre erheblich - anders als in den Jahrzehnten davor. Die östliche Transformationsproblematik fand ihr Ventil auf der Ebene jugendlicher Subkulturen weit stärker im rechts- als im linksextremen Bereich. Die größere Integrationskraft der PDS linksaußen dürfte dazu beigetragen haben. Ab der zweiten Hälfte der 90er-Jahre lagen die Gewaltkurven beider Sektoren wieder näher beieinander; im Jahr 2005 bestand annähernd Gleichstand. Im Gewaltverlauf schlagen sich Mobilisationswellen nieder, die nur in der Wechselwirkung der Szenen angemessen zu interpretieren sind. So löste die fremdenfeindliche Gewaltwelle zu Beginn der 90er Jahre einen militanten Kampf gegen Rechts aus, der seinerseits durch die Bildung einer „Anti-Antifa“ konterkariert wurde. Die „Anti-Antifa“ kopierte dabei z.T. die Organisations- und Verhaltensmuster der militanten Antifa, bis hin zur Bildung eines nationalen Schwarzen Blocks mit bislang szeneutypischem autonomem Erscheinungsbild, wie es sich erstmals auf der 1.-Mai-Demonstration der NPD in Berlin (2004) darbot.<sup>24</sup> Die Parallelen in der Gewaltentwicklung beider Sektoren dürften zum Teil auf derartige Interaktionen zurückzuführen sein.

24 Worch, Christian: Über Freien und Autonomem Nationalismus, <http://lmai.net.rundbriefe/05-02-25.htm> (25. Januar 2005); Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Eine militante Randerscheinung, Köln 2007.

Die wechselseitige Gewaltanwendung der weltanschaulich konträren Szenen hat auch die Entwicklung der jeweiligen Tatspezifik geprägt (siehe Tab. 2). Bei linksextremen Tätern ist seither der Anteil der Körperverletzungen (in erster Linie gegen rechte Kontrahenten) stark angestiegen. Lag er in den Jahren 1994/95 noch unter 10%, bewegte er sich in den Jahren 2003–2005 um die 40%. Er hat sich somit dem der rechtsextremen Täter angenähert. Allerdings lag er dort mit Anteilen über 80% immer noch etwa doppelt so hoch. Dieses Delikt dominiert die rechtsextreme Gewalt. Dagegen fallen die Widerstandshandlungen und Fälle von Landfriedensbruch hier weit weniger stark ins Gewicht als bei den linksextremen Gewalttaten, wo sie in den Jahren 2003–2005 die stärkste Deliktgruppe bildeten. In diesem Punkt besteht kaum ein Unterschied zur Situation Mitte der 90er-Jahre.<sup>25</sup> Bei beiden Szenen sind Delikte selten, die für einen aus dem Untergrund operierenden Terrorismus typisch sind: Tötungsdelikte, Sprengstoffanschläge, Raubüberfälle zur Geldbeschaffung und Freiheitsberaubung, etwa in der Form von Geiselnahme. Der etwas höhere planerische und organisatorische Aufwand linksextremer Gewalttäter zeigt sich immerhin bei den gefährlichen Eingriffen in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr, wo der Anteil den des Bereichs Rechtsextremismus permanent deutlich übersteigt.

Tab. 2: Tatspezifik rechts- und linksextremer Gewalt, 2003–2005

|   | 2003  |       | 2004  |       | 2005  |       |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|   | LE    | RE    | LE    | RE    | LE    | RE    |
| Tötungsdelikte  | 0,2%  | 0,9%  | 0,0%  | 0,7%  | 0,1%  | 0,2%  |
| Sprengstoffanschläge  | 0,0%  | 0,0%  | 0,0%  | 0,2%  | 0,0%  | 0,3%  |
| Brandanschläge  | 7,4%  | 3,1%  | 5,9%  | 4,7%  | 3,2%  | 1,4%  |
| Körperverletzungen  | 39,7% | 83,9% | 43,3% | 82,4% | 43,6% | 85,1% |
| Raubüberfälle   | 1,0%  | 1,5%  | 2,3%  | 1,1%  | 1,4%  | 2,4%  |
| Landfriedensbrüche,<br>Widerstandsdelikte                                       | 45,5% | 9,6%  | 44,5% | 8,9%  | 45,5% | 8,8%  |
| gefährliche Eingriffe<br>in den Bahn-, Luft-,<br>Schiffs- und<br>Straßenverkehr | 6,0%  | 0,2%  | 3,6%  | 0,7%  | 5,9%  | 0,9%  |
| Freiheitsberaubung  | 0,0%  | 0,2%  | 0,0%  | 0,2%  | 0,0%  | 0,0%  |
| Erpressung  | 0,0%  | 0,2%  | 0,2%  | 0,6%  | 0,1%  | 0,6%  |

Quelle: BKA; eigene Berechnungen.

25 Backes, Uwe: Links- und rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hrsg.), *Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie – Extremismus – Totalitarismus*, München 1997, S.169/192, hier S.187.

Ungeachtet ihrer strukturellen Gemeinsamkeiten formen Autonome und Skinheads ihr Selbstbild nicht zuletzt durch die wechselseitige Konfrontation. Der Kampf gegen Rechts und die Verachtung der linken Zecken sind fester Bestandteil der jeweiligen Identität. Über ihre ideologisch-programmatische Gegensätzlichkeit hinaus rekurrieren sie auch auf unterschiedliche Mentalitätsbestände. Autonome lehnen Autorität und gesellschaftliche Konventionen ab und lassen sich daher als das ins Extreme gesteigerte Spiegelbild der postmateriellen Generation deuten, die sich antiautoritär gebärdete und das Ideal der Befreiung von allen gesellschaftlichen Zwängen propagierte. Dagegen kultivieren die Skinheads mit der Betonung militärischer Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Sauberkeit unbewusst einen Affekt gegen die postmateriellen Werte der 68er-Revolution und ihrer Ausläufer.

Im Vergleich zu Autonomen und Skinheads gilt die Neo-NS-Szene (mit Ausnahme terroristischer Ansätze bei einigen Freikorps und Kameradschaften) als weniger gewaltorientiert. Ihre Aktiven zeigen eine höhere Bereitschaft, sich strategisch begründeten Direktiven zu unterwerfen. Ihre Aktionen zielen in erster Linie auf Mobilisation durch Provokation.

Staatliche Reaktionen wirken auf die Strukturen militant-extremistischer Szenen zurück. So ist die Neo-NS-Szene in der Kriminalitätsstatistik vor allem wegen der Vielzahl an Meinungs- und Propagandadelikten präsent. Die Frage dürfte nicht abwegig sein, ob diese Deliktgruppen womöglich mehr zur Existenzsicherung (Provokationswirkung, Märtyrereffekte) als zur Bekämpfung der Szene beitragen. Verbotverfahren (seit den 80er-Jahren ausschließlich gegen rechtsextreme Gruppierungen) bestimmen die strategischen Erwägungen der betreffenden Akteure. Kurzfristige Erfolge (Verunsicherung, partieller Rückzug) können sich mittel- und langfristig in Misserfolge (neue Organisationsbildungen, Entstehung informeller Netzwerke, Ausformung eines gewaltorientierten Untergrundes) verwandeln.

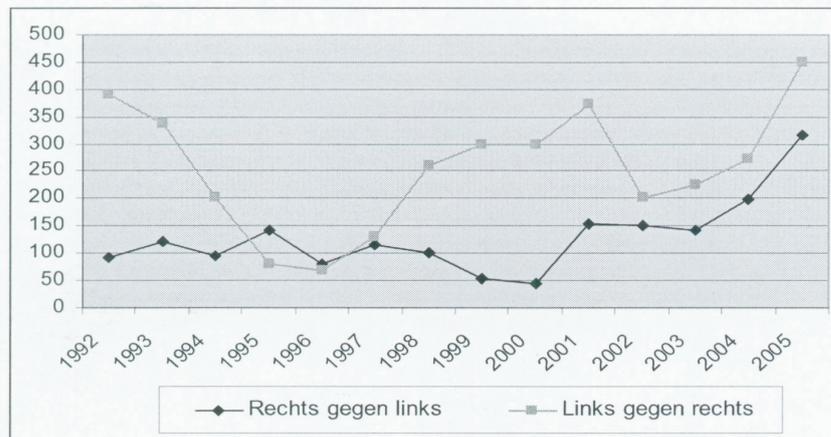
Autonome, Neonationalsozialisten sowie (rechtsextreme) Skinheads pflegen nicht nur wechselseitige Feindbilder, sondern gehen gegeneinander auch gewaltsam vor (siehe Abb. 3). Die schon in den 80er Jahren aktive militante Antifa fand in der „Anti-Antifa“ seit Anfang der 90er Jahre einen Gegenpol. In den 90er Jahren wendete die Antifa gegen ihre Kontrahenten nach den von Verfassungsschutz und BKA veröffentlichten Zahlen (siehe Abb. 3) in deutlich höherem Maße Gewalt an als umgekehrt. Im neuen Jahrtausend nahm das Ausmaß wechselseitiger Gewaltanwendung erheblich zu und erklimmte ein in den 90er Jahren nicht erreichtes Niveau. Diese anteilsbezogene Tendaussage dürfte trotz des Wandels der Erfassungsgrundlagen zulässig sein.

Der Anteil der von Rechts- an (angeblichen) Linksextremisten verübten Gewalttaten lag nur in den Jahren 1995 bis 1997 geringfügig unter dem Niveau der von Links- an (angeblichen) Rechtsextremisten verübten. In den übrigen Jahren lag der Anteil der von Links- gegen Rechtsextremisten verübten Gewalttaten weit über dem der von Rechts- an Linksextremisten begangenen. In den Jahren 2002 und 2004 belief er sich sogar auf über 50%. Hier scheint sich zu bestätigen, dass das rechte Feindbild für die politische Identität von Linksextremisten erheblich bedeutender ist als umgekehrt. Zudem dürfte die größere Aktionseffizienz der durchschnittlich älteren und intelligenteren Aktivisten aus der linksmilitanten Szene eine Rolle spielen. Überdies findet der Kampf gegen Rechts größere soziale und mediale Unterstützung als der (so kaum propagierte) Kampf gegen Links.

Die von Verfassungsschutzbehörden und BKA dokumentierte Gewaltentwicklung, stützt, so unzuverlässig ihre statistische Basis auch sein mag, folgende Vermutung: Der im Jahr 2000 ausgerufene „Aufstand der Anständigen“ hatte einen ungewollten Werbeeffect für rechtsextreme Gruppierungen und übte eine stimulierende Wirkung auf linksextreme Gegenmilitanz aus. Symbolische Politik, er-

höhte öffentliche Aufmerksamkeit und intensive (mitunter sensationslüsterne) Medienberichterstattung können extremistische Militanz wider Willen anstacheln.

Abb. 3: Wechselseitige Gewaltanwendung von Rechts- und Linksextremisten, 1992–2005



Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes; BKA, Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“.

Autonome agier(t)en nicht selten am Rande linker Protestgruppen. Neonationalsozialisten und rechtsextreme Skinheads verfügten dagegen über keine ähnlichen Protestbewegungen, an deren Rand sie hätten agieren können. Die Qualifikation des Rechtsextremismus als soziale Bewegung erfasst dessen Selbstverständnis und eine Anzahl formaler Merkmale, kann jedoch zu abwegigen Annahmen über dessen Mobilisierungsfähigkeit verleiten.<sup>26</sup> Immerhin ist die Teilnehmerzahl rechtsextremer Aufmärsche seit den 90er Jahren gestiegen.

Der hochorganisierte, nicht-gewalttätige wie der schwachorganisierte, gewalttätige politische Extremismus haben insbesondere infolge der Transformationsproblematik im östlichen Deutschland im Vergleich zu den 80er-Jahren an Bedeutung gewonnen, durch die Einbindung in die konsolidierte Demokratie des westlichen Deutschlands jedoch keine systemgefährdende Dimension erreicht. Vom Prozess der Demokratiekonsolidierung oder -dekonsolidierung im östlichen Deutschland auf der institutionellen und politisch-prozessuralen, der Verhaltens- wie der Einstellungsebene dürfte die weitere Entwicklung der militanten Extremisten samt ihrer Interaktionen und Interdependenzen wesentlich abhängen.

26 Zur Diskussion um den Bewegungskarakter des Rechtsextremismus siehe zuletzt Pfahl-Traugber, Armin: Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung? Aktivitäten und Kooperation von NPD, Neonazis und Skinheads, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 4/2003, S.43-54.

**Zur Person**

*Uwe Backes* ist apl. Professor am Institut für Politikwissenschaften der Technischen Universität Dresden und stellvertretender Leiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT). Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Ideologiegeschichte, vergleichende Extremismusforschung, autoritäre und totalitäre Diktaturen.